

Medienmitteilung

Winterthur, 6. März 2015

## **Wie sich die FDP für Fortschritt, Gemeinsinn und Freiheit einsetzt – und damit Winterthur und den Kanton Zürich weiterbringt**

Heute Freitag haben die freisinnigen Spitzenkandidaten Carola Etter-Gick und Felix Helg zusammen mit dem bisherigen Kantonsrat Dieter Kläy das Wahlprogramm der FDP präsentiert. Mit Aussicht auf Winterthur haben sie im Roten Turm dargelegt, wie die Partei Stadt und Kanton weiterbringen will. Klare Lösungen für eine lebenswerte Stadt stehen hierbei im Vordergrund – ganz nach dem Motto „mehr Lösungen - mehr Winterthur“.

**Freiheit** will die FDP nicht nur jeder und jedem Einzelnen von uns ermöglichen. Auch die Unternehmen sollen sich frei entwickeln können, und eine gesundete Stadtkasse bringt der Stadt Freiheit und die Möglichkeit, zu investieren. Entsprechend betonte Felix Helg: „Gerade in der aktuellen finanziellen Lage gilt es, masszuhalten. Ich setze mich ein für zweckmässige Bauten ohne unnötigen Luxus. Weniger ist mehr.“

„**Gemeinsinn** hat unsere Schweiz stark gemacht“, wie Carola Etter-Gick den zweiten Punkt des Wahlprogramms ausführte. Die Mutter einer zweijährigen Tochter steht mit einem Teilzeitpensum voll im Berufsleben und leistet als Politikerin gleichzeitig ihren Beitrag an die Allgemeinheit. Das sei nur dank hervorragender Kinderbetreuung und Unterstützung aus der Familie möglich, deshalb fordert sie: „Wir müssen Hürden für die Eröffnung oder für den Betrieb von Kindertagesstätten tief halten und privates Engagement fördern oder sogar fordern – sei es innerhalb der Familie und im Bekanntenkreis oder von Seiten der Unternehmen.“

Für Dieter Kläy sind Bildung, Innovation und Forschung wichtige Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz – sie bringen **Fortschritt**. „Entsprechend müssen nun die Weichen richtig gestellt werden, sodass unser anerkanntes Bildungssystem auch zukünftig Spitze bleibt“, erläutert der FDP-Kantonsrat. „In Anbetracht der aktuellen wirtschaftlichen Situation und den angespannten staatlichen Finanzhaushalten müssen wir sicherstellen, dass die verfügbaren Mittel effektiv und am richtigen Ort eingesetzt werden.“

Die FDP tritt am 12. April mit 13 profilierten Kandidierenden an mit dem klaren Ziel, wieder zwei Vertreter nach Zürich schicken zu können – und damit für eine starke liberale Stimme aus Winterthur zu sorgen. Die weiteren Kandidierenden der Liste 3: Markus Wenger, Gemeinderat und Regionaldirektor Facility Services / Stephanie Walti, Juristin / Thomas Leemann, Gemeinderat und Dipl. Techniker HF Bauführer / Urs Bänziger, Geschäftsleiter / Beatrix Schläpfer, Kauffrau / Ursula Künsch, Frauenärztin im Ruhestand / Roland Sprecher, Ökonom / Noëmi Duroe, Studentin / Nicole Feer, Buchhändlerin / Hans Heinrich Nägeli, emeritierter Professor.

*Für Rückfragen:*

*Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur und Kantonsrat*  
079 207 63 22  
[www.dieterklaey.ch](http://www.dieterklaey.ch)

*Carola Etter-Gick, Vizepräsidentin FDP Winterthur*  
078 749 62 36  
[www.etter-gick.ch](http://www.etter-gick.ch)

*Felix Helg, Gemeinderat, Vizepräsident Kommission Bau und Betriebe*  
079 323 70 00  
[www.felix-helg.fdp-zh.ch](http://www.felix-helg.fdp-zh.ch)

## Öffentliche Bauten: sehr hohe Standards und zu teuer – zulasten der Steuerzahler

Notizen von Felix Helg, Kantonsratskandidat

*„Öffentliche Bauten weisen sehr hohe Baustandards auf. Dies verteuert das Bauen bedeutend. Gerade in der aktuellen finanziellen Lage gilt es masszuhalten. Ich setze mich ein für zweckmässige Bauten ohne unnötigen Luxus. Weniger ist mehr.“*

1. Freiheit heisst auch, dass staatlichem Handeln Grenzen gesetzt werden. Dies betrifft auch die Bautätigkeit des Gemeinwesens auf allen Ebenen des Staates.

2. Wenn die öffentliche Hand baut, wird es meist sehr teuer und vielfach teurer als ursprünglich geplant. Der Kostenrahmen ist deshalb bereits bei der Projektierung verbindlich vorzugeben. – Beispiel aus Winterthur: Auf Antrag der FDP Kostendach von Fr. 80 Mio. beim geplanten Polizeigebäude (GGR 2011-31; 19.9.11).

3. Sehr hohe Baustandards treiben die Kosten in die Höhe. Private würden preisgünstigere Lösungen realisieren. – Beispiel aus Winterthur: Fr. 90 000 für eine einfache Instandstellung des Güterschuppens Töss sollten gemäss Baufachleuten aus dem Quartier reichen. Für die Stadt scheinen aber nur um einiges teurere Varianten in Frage zu kommen.

4. Für die Öffentlichkeitsarbeit werden unverständlich grosse Summen eingeplant. – Beispiel aus Winterthur: Fr. 170 000 für Öffentlichkeitsarbeit beim (inzwischen erstellten) Unterwerk Neuwiesen; Kürzungsantrag der FDP vom Gemeinderat abgelehnt (GGR 2010-75, 4.10.10).

5. Bereits die Projektierungskosten bewegen sich auf einer Höhe, die sich nicht plausibilisieren lassen. – Beispiel aus Winterthur: Fr. 200 000 für die Projektierung für die Umgestaltung eines einzelnen Verkehrsknotens mit Lichtsignalanlage; Kürzungsantrag der FDP vom Gemeinderat angenommen (GGR 2014-81, Budget; 15.12.14; Interpellation zum Thema in Vorbereitung).

\*\*\*\*\*

Felix Helg, Dr. iur., Gemeinderat, Vizepräsident der Kommission Bau und Betriebe,  
fe.helg@bluewin.ch, www.felix-helg.fdp-zh.ch 6. März 2015

## **Engagement dank guter Kinderbetreuung – für den Gemeinsinn und für die Wirtschaft**

Referat von Carola Etter-Gick, Kantonsratskandidatin

Es gilt das gesprochene Wort

Ich sitze hier als Politikerin, als Berufstätige und als Mutter. Das sind viele Hüte, ich weiss. Und nur dank guter Kinderbetreuung kann ich sie alle aufsetzen. Ich habe eine zweijährige Tochter, stehe mit einem 60-Prozentpensum voll im Berufsleben und engagiere mich in der FDP als Vizepräsidentin der Kommunalpartei und als Vorstandsmitglied der Kantonalpartei. Dieses Engagement ist mir wichtig – es ist für mich ein guter Ausgleich und gibt mir das Gefühl, etwas für den Gemeinsinn zu tun. Aber nur dank hervorragender Krippenbetreuung und guter Unterstützung in der Familie ist es mir möglich, mich in dieser intensiven Form für die Allgemeinheit einzusetzen.

Meine Forderungen an eine zeitgemässe ausserfamiliäre Kinderbetreuung sind klar: Wir müssen Hürden für die Eröffnung oder für den Betrieb von Kindertagesstätten tief halten und privates Engagement fördern oder sogar fordern – sei es innerhalb der Familie und im Bekanntenkreis oder von Seiten der Unternehmen. Private sollten mehr selbsttragende Angebote schaffen, und Firmen müssen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch mehr unterstützen. Weil das Thema vielschichtig geregelt ist, möchte ich kurz auf Bund, Kanton und Stadt eingehen:

- Der Bundesrat schickte im Juni 2009 eine Kinderbereuungsverordnung KiBeV in Vernehmlassung, die abgesehen von den Grosseltern für alle Betreuungspersonen einen obligatorischen Kurs vorsah. Eine völlig übertriebene Massnahme, da die Eltern selbstverantwortlich über die Betreuung ihrer Kinder entscheiden können und sollen. Die FDP wehrte sich umgehend mit einem Vorstoss und im Rahmen der Vernehmlassung. Mit Erfolg – nach mehrmaligem Aufschieben hat der Bundesrat die Verordnung in abgeschwächter Form verabschiedet. Die PAVO regelt nun nur die Betreuung in Pflegefamilien und lässt den privaten Bereich unangetastet.
- Die Richtlinien für die Bewilligung von Kinderkrippen sind auf kantonaler Ebene geregelt. Sie werden immer wieder vereinfacht, letztmals im vergangenen Herbst. Kinderkrippen müssen für die Eröffnung seither kein schriftliches Betriebskonzept mehr vorlegen, und sie werden administrativ entlastet. Aber wir könnten noch mehr in diese

Richtung erzielen. Die Leiterin der Krippe meiner Tochter verbringt in meinen Augen einen Grossteil ihrer Zeit mit administrativen Arbeiten, statt bei den Kindern – ihrer eigentlichen Berufung.

- Die Stadt Winterthur hat letztes Jahr eine neue Verordnung über die Kinderbetreuung im Vorschulbereich und in Tagesfamilien erlassen. Damit wurden insbesondere im Bereich der Finanzierung Fehlanreize beseitigt. Neu werden Eltern mit steuerbarem Einkommen bis 85'000 Franken finanziell unterstützt, die Elternbeiträge entwickeln sich linear (und nicht mehr progressiv) und die Eltern müssen 110 Prozent berufstätig sein. Das ist völlig richtig – wer sich Freizeit gönnt, muss dafür bezahlen, und die Betreuung und der soziale Umgang in einer KiTa sollte den Eltern auch etwas Wert sein. Zudem lohnt sich dank der linearen Entwicklung des Elternbeitrags (verglichen zum Einkommen) jedes zusätzliche berufliche Engagement, und allfällige Lohnerhöhungen werden nicht durch Mindersubventionen aufgehoben. Leistung muss sich lohnen!

Diese Beispiele zeigen: Die FDP hat sich stets für liberale Regelungen eingesetzt, die Eigenverantwortung der Eltern hochgehalten, privates Engagement gefördert und damit für eine zeitgemässe ausserfamiliäre Kinderbetreuung gekämpft. Und sie hat Erfolge erzielt. Damit das so bleibt oder sich sogar noch verbessert, dürfen wir nicht nachlassen.

Ich habe es schon angetönt: Neben der Politik, welche die Gesetze erlässt, ist auch die Wirtschaft gefragt. Denn unsere Unternehmen können nicht auf gut ausgebildete Mütter oder Väter verzichten – gerade im aktuellen Zusammenhang mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und mit dem damit drohenden Fachkräftemangel nicht. Durch flexible Arbeitszeiten oder Homeoffice-Lösungen sollen Firmen ihren Arbeitnehmern entgegenkommen und ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Abschliessend möchte ich noch ein Wort zu meinen weiteren Schwerpunktthemen verlieren. Denn sie liegen mir ebenso am Herzen wie die zeitgemässe ausserfamiliäre Kinderbetreuung:

- Wir müssen gute Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen garantieren, denn sie schaffen Arbeitsplätze. Dazu gehört neben guten Infrastrukturen die Beschränkung auf ein Minimum an Regulierungen.
- Integration und sinnvolle Massnahmen zum Umgang mit dem Bevölkerungswachstum sind der Schlüssel zum Erfolg. Zürich und Winterthur sind vom Bevölkerungswachstum besonders betroffen. Deshalb sind gerade hier Massnahmen wie verdich-

tetes Bauen wichtig, und wir brauchen gute Verkehrswege.

- Wir müssen unser ausgezeichnetes Bildungswesen weiter stärken. Denn gut ausgebildete Menschen und Arbeitskräfte sind unsere einzige Ressource.

## Den Bildungs- und Forschungsstandort Winterthur und Zürich stärken

Referat von Dieter Kläy, Kantonsrat

Es gilt das gesprochene Wort

Mit der FDP entscheiden sich die Wählerinnen und Wähler für den Fortschritt, auch in der Bildung. Der Bildungs- und Forschungsstandort Winterthur und Zürich soll gestärkt werden. Erste Erfolge haben wir erzielt. Kürzlich hat die Fraktion diverse Vorstösse eingereicht. Der Gestaltungsplan Werk 1 (kommunale Abstimmung vom 8. März) soll ein wichtiges Element im Bildungsmosaik sein.

- **Allgemein**

Bildung, Innovation und Forschung sind wichtige Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz. Entsprechend müssen nun die Weichen richtig gestellt werden, sodass unser anerkanntes Bildungssystem auch zukünftig Spitze bleibt. In Anbetracht der aktuellen wirtschaftlichen Situation und den angespannten staatlichen Finanzhaushalten wollen wir sicherstellen, dass die verfügbaren Mittel effektiv und am richtigen Ort eingesetzt werden. Zudem müssen sämtliche bürokratischen Hindernisse konsequent abgebaut werden.

- **Ein erster Erfolg: Hochschulzentrum für Banken und Finanzwesen**

Der Kantonsrat hat einen Vorstoss der FDP mit mir als Mitunterzeichner zur Zukunftsfähigkeit des Finanzplatzes Zürich unterstützt. Damit steht die Ampel für ein internationales Hochschulzentrum für Banken- und Finanzwesen auf grün. Der Finanzplatz Zürich ist für den ganzen Kanton von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Sein Anteil am Zürcher Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt bei 22%. Dazu kommen noch rund weitere 10% BIP Anteil, welche zusätzlich indirekt in Abhängigkeit zum Finanzplatz in anderen Branchen erwirtschaftet werden. Das BAK Basel, ein unabhängiges Forschungsinstitut, das volkswirtschaftliche Analysen und Prognosen erstellt, sagt dem Finanzplatz jedoch einen Rückgang seiner volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit voraus. Dem will eine klare Mehrheit des Kantonsrates entgegenwirken. Letztlich geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzbranche zu erhöhen und Hunderte Arbeitsplätze im Kanton Zürich zu sichern.

- **Handlungsbedarf für die Zukunft**

Die kürzlich eingereichten Vorstösse der FDP beziehen sich auf alle Schulstufen – die

Volksschule, die Sekundarstufe II und die Hochschulen. Mit verschiedenen Anfragen sollen zudem die Entscheidungsgrundlagen für weitere Vorstösse oder Gesetzesanpassungen geliefert werden. In den Bereichen Fremdsprachenunterricht, Sonderschulungen, Frühförderung, Bürokratieabbau und Zusammenarbeit der Hochschulen hat die FDP Kanton Zürich konkrete Forderungen gestellt. Eine kleine Auswahl an Forderungen:

**Stärkung der Berufsmaturität:** Die Berufsmaturität öffnet Jugendlichen Türen, indem sie die berufliche Grundbildung mit einer erweiterten Allgemeinbildung ergänzt, zum prüfungsfreien Zugang zu einer Fachhochschule berechtigt und den beruflichen Nachwuchs sicherstellt. Entsprechend liegt eine Stärkung der Berufsmaturität, insbesondere der Berufsmaturität während der beruflichen Grundbildung (BM 1) im Interesse des Gewerbes. Können anspruchsvolle Lehrstellen nicht mehr besetzt werden, werden diese langfristig verschwinden und die Berufsbildung wird geschwächt. In den letzten Jahren stagniert die Zahl der Berufsmaturitätsabschlüsse BM 1. Gefordert sind Massnahmen, um den Zugang zur Berufsmaturität für geeignete und motivierte Jugendliche zu fördern.

**Moderne Anstellungsbedingungen für Schulleitungsmitglieder der Berufsfach- und Mittelschulen:** Die Anstellungsbedingungen sind nicht mehr zeitgemäss und müssen überarbeitet werden. Wir fordern deshalb den Regierungsrat auf, eine Überarbeitung der Mittel- und Berufsschullehrervollzugsverordnung zu überprüfen. Im Vergleich zur Volksschule kennen die Schulen auf der Sekundarstufe II die Führung durch Rektorinnen und Rektoren schon länger. Allerdings sind die Anstellungsbedingungen nicht mehr zeitgemäss und somit auch nicht sonderlich attraktiv. Damit sich auch in Zukunft qualifizierte und motivierte Personen zur Verfügung stellen, sollen die Anstellungsbedingungen überarbeitet werden. Die Schulen sollten im Rahmen einer Vernehmlassung die entsprechenden Anpassungshinweise eingeben können.

**Lehrplan 21:** Die FDP begrüsst die Einführung des Lehrplans 21. Wir wollen jedoch wissen, welche Auswirkungen die Verschiebung des Englisch von der 2. in die 3. Klasse hätte und ob eine Stärkung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) bereits in der Primarschule möglich ist.

**Starkes Signal für den Standort Winterthur:** Mit Erleichterung nehmen wir den Entscheid der Bildungsdirektion des Kantons Zürich zur Kenntnis, am Sitz der School of Engineering (SoE, ehemals Technikum) ohne Abstriche festzuhalten. Die FDP hat dazu einen entspre-

chenden Vorstoss eingereicht. Diverse Exponenten aus der FDP haben den teilweisen Abzug der SoE hinterfragt. Der Entscheid für den Verbleib festigt die Bedeutung Winterthurs als Bildungsstandort, was gerade vor dem Hintergrund der Volksabstimmung vom 8. März 2015 über den Gestaltungsplan Werk 1 wichtig ist. Wer die ZHAW in Winterthur will, sagt deshalb auch Ja zum Gestaltungsplan.



## **Rückblick und Ausblick aus Winterthurer Sicht**

Referat von Dieter Kläy, Kantonsrat

Es gilt das gesprochene Wort

In der zu Ende gehenden Legislatur haben viele Geschäfte einen Bezug zu Winterthur.

### **Gemeindegesezt**

Das Gemeindegesezt soll noch in dieser Legislatur zu Ende beraten werden. Wichtig für Winterthur ist der Finanzteil (HRM 2).

### **Kultur und Bildung**

Besonders viele Geschäfte betreffen die Winterthurer Kulturinstitutionen. Die Bilanz fällt durchwegs positiv aus - vor allem auch dank der FDP. Gutgeheissen sind Beiträge aus dem Lotteriefonds:

- für den Kauf und den künftigen Betrieb der Villa Flora
- 10 Millionen für das Musikkollegium, den Kunstverein und das Stadttheater.
- für das Casino
- die Erneuerung der Ausstellung auf der Kyburg

Alle diese Projekte schaffen einen kulturellen Mehrwert für Winterthur und die Region. Im Bildungswesen sind derzeit zwei Vorlagen nennenswert:

- Ein bereits beschlossener Beitrag an den Bau eines Ausbildungszentrums für die Berufe des Autogewerbes (Schweizerische Technische Fachschule STF).
- Die Vorlage für die Halle 52 der ZHaW auf dem Sulzerareal (neben dem Werk 1): Objektkredite für die Miete und den Mieterausbau.

### **Wichtige Infrastrukturprojekte aus und für Stadt und Region**

Erst letzten Montag hat der Kantonsrat einen Kredit für 350 Mio. für die Erstellung eines neuen Bettenhauses bewilligt. Die Standesinitiative der FDP für einen Brüttener Eisenbahntunnel ist vom Kantonsrat an den Bund überwiesen worden. Ein Projektierungskredit ist Teil der FABI-Vorlage (Finanzierung Ausbau Bahninfrastruktur), die der Souverän am 9. Februar 2014 angenommen hat. Für den regionalen Tourismus wichtig ist der Erhalt der Bahnstation Schloss Laufen. Dank politischem Druck aus der FDP wird die Haltestelle saniert und kann erhalten werden.

## Ausblick

In den kommenden Jahren werden einige wichtige Meilensteine der kantonalen Politik für Winterthur bevorstehen. Dazu gehören unter anderen:

- **Bildungspolitik:** Ausbau der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHaW unter der Voraussetzung, dass der Gestaltungsplan Werk 1 dieses Wochenende angenommen wird.
- **Gesundheitspolitik:** Weiterausbau des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft als Antwort auf die Veränderungen im Gesundheitswesen. Die Form der AG ist Grundlage für einen ausreichenden unternehmerischen Spielraum und kann damit dafür sorgen, dass das KSW langfristig erfolgreich bleibt.

Mehr Winterthur – das ist unser Ziel. Wir wollen nicht nur in Winterthur, sondern auch in der kantonalen Politik dazu beitragen, viel Lebensqualität zu bieten.